Angst und Belastung

Studie unter Saar-Polizisten nach Tod von Simon Bohr – das sind die Ergebnisse

Update | Saarbrücken · **Nach den tödlichen Schüssen auf Simon Bohr in Völklingen lässt das Saar-Innenministerium die Beschäftigten und Studierenden zu psychischen Belastungen befragen. Jetzt liegen die Ergebnisse vor.**

15.10.2026 , 18:13 Uhr

Polizisten trauern an der Gedenkstele um ihren getöteten Kollegen Simon Bohr. Der 34-Jährige war im August 2025 bei einem Einsatz in Völklingen erschossen worden. Jetzt gab es eine Befragung zu psychischen Belastungen bei der Polizei. (Archivbild)

Foto: Laszlo Pinter/dpa

Von Katja Sponholz, dpa

Rund 61 Prozent von mehr als 900 befragten saarländischen Polizisten haben in den vergangenen zwölf Monaten mindestens ein stark belastendes Ereignis erlebt. Doch 42 Prozent trauen sich nicht, offen über psychische Belastungen zu sprechen. Mehr als die Hälfte hat Angst vor beruflichen Nachteilen, wenn sie Unterstützung in Anspruch nehmen. Das geht aus einer Befragung hervor, die das Innenministerium unter den Mitarbeitenden der Landespolizeidirektion und den Studierenden der Fachhochschule durchgeführt hat.

Anlass war der Tod des Polizeikommissars Simon Bohr, der im August 2025 nach einem Tankstellenraub im Dienst erschossen wurde. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) hatte einige Monate danach vom Ministerium eine Studie zum Umgang mit psychischen Belastungen und traumatischen Ereignissen bei der Polizei gefordert.

„Wir haben nicht alles richtig gemacht, insbesondere wenn es darum ging, dass wir bestimmte Dinge als selbstverständlich betrachtet haben“, bilanzierte Innenminister Reinhold Jost (SPD) im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. „Wir hatten gedacht, die Kollegen melden sich bei uns, wenn sie Probleme haben oder stellen Anträge auf Dienstunfall. Aber tatsächlich hatten sie ganz andere Dinge im Kopf. Weil sie hoch traumatisiert waren und mit ihrem Leben nicht mehr klarkommen.“

Angst vor Stigmatisierung

Die Studie hatte den Angaben zufolge auch ergeben, dass für 27 Prozent der Befragten die Inanspruchnahme von psychologischer Hilfe mit Scham behaftet sei. „Eine der wichtigen Erkenntnisse, mit denen wir umgehen müssen, ist, dass es Kollegen gibt, die befürchten, stigmatisiert zu werden, wenn sie Ängste zum Ausdruck bringen. Das kann und darf nicht sein“, sagte Jost.

62 Prozent der Befragten haben danach angegeben, dass sie sich im Einsatztraining schlecht oder sehr schlecht aus- und fortgebildet fühlen – vor allem, weil ihnen das Tagesgeschäft und Personalmangel den Zugang erschwerten. Außerdem wurde auf fehlende Angebote zur Stress- und Konfliktbewältigung hingewiesen.

Laut Ministerium sollen die Ergebnisse genutzt werden, um Belastungen im Polizeidienst besser zu verstehen und Unterstützungsangebote gezielt weiterzuentwickeln.

„Aus den Erkenntnissen müssen konkrete Konsequenzen folgen“, sagte GdP-Landeschef Andreas Rinnert. „Die Befragung hat sich gelohnt. Sie ist allerdings nur ein erster wichtiger

Schritt und beschreibt lediglich den Anfang einer absolut notwendigen Entwicklung hin zu einem professionelleren Umgang mit psychischen Belastungen und traumatischen Ereignissen innerhalb der Polizei."

In einem Positionspapier, das der GdP-Chef an den Innenminister übergab, formuliert die Gewerkschaft 15 Forderungen dazu. Darunter sei eine Ausweitung der Hilfsangebote, die Einrichtung von zentralen Ansprechpersonen und Ersthelfern, die Anerkennung von posttraumatischen Belastungsstörungen als Dienstunfall sowie mehr Fortbildungen.

Durch die Auswertung der Ergebnisse sei deutlich geworden, dass es unzureichend sei, Psychologen, Seelsorger oder externe Beratungsstellen lediglich organisatorisch vorzuhalten, erklärte Rinnert. „Die Hemmschwelle der Kolleginnen und Kollegen, eine solche Unterstützung in Anspruch zu nehmen, ist nach wie vor sehr groß."

Immer noch stehe der Gedanke der persönlichen Schwäche und der Benachteiligung bei vielen Betroffenen als persönliches Hemmnis im Vordergrund. Deshalb müsse nach einem belastenden Ereignis „niedrigschwellig und proaktiv" auf Betroffene zugegangen und Hilfsangebote positiv vermittelt werden.

Auch Angehörige entwickeln psychische Symptome

In dem Zusammenhang fordert die GdP zudem, die Fürsorgepflicht des Dienstherrn auf das familiäre Umfeld auszuweiten – etwa durch einen direkten Kontakt zum zentralen Ansprechpartner. Denn wenn Polizisten traumatische Einsätze erleben und diese zu verarbeiten versuchen, seien ihre Partner und Familienangehörigen grundsätzlich mit konfrontiert. „Nicht selten entwickeln auch sie psychische oder psychosomatische Symptome", erklärte die GdP.

Extremsituationen ließen sich in diesem Beruf zwar nicht immer verhindern. „Was jedoch beeinflusst werden kann, ist die Frage, wie eine Organisation damit umgeht, welche Lehren sie daraus zieht und wie gut sie unsere Kollegen darauf vorbereitet und anschließend begleitet", sagte Rinnert.

Ein Jahr nach den tödlichen Schüssen – die offenen Fragen im Fall Simon Bohr bleiben

Völklingen Ein Jahr nach den tödlichen Schüssen – die offenen Fragen im Fall Simon Bohr bleiben

Neue Angebote fürs Schießtraining

Der Innenminister wies darauf hin, dass bereits einiges an Sofortmaßnahmen getan worden sei – unter anderem neue Angebote beim Schießtraining, Schulungen zur „Primärprävention" und eine Konzipierung für eine Aus- und Fortbildung zum Umgang mit psychischen Belastungen. Zudem habe die Umfrage ergeben, dass von Vorgesetzten mehr Empathie und ein offenes und proaktives Zugehen erwartet werde. „Auch da haben wir schon nachgesteuert", sagte Jost.

Zu der Befragung waren knapp 3.400 Polizeibeamtinnen und -beamte sowie Studierende aufgerufen. 921 – rund 27 Prozent – hatten sich daran beteiligt. Ausgewertet wurden die Ergebnisse von Landespolizeipräsidium, Innenministerium, Fachhochschule für Verwaltung und Polizei sowie externen Experten. Da der Befragung eine menschliche und dienstliche Katastrophe zugrunde liege, bezeichnete Rinnert es als „völlig nachvollziehbar", dass sich nicht alle daran beteiligen wollten.

Letztlich gab es nicht nur Kritik von den Teilnehmern: So zeigte sich die Mehrheit der Befragten stolz, der Organisation anzugehören. Mehr als 90 Prozent lobten das kollegiale Klima und die Zusammenarbeit innerhalb der Polizei.

(dpa)

https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/landespolitik/saarland-studie-nach-tod-von-simon-bohr-das-sind-die-ergebnisse_aid-156630595